

MEXIKO

G20 UND PITTSBURGH: EIN „NULL-THEMA“ IN DER MEXIKANISCHEN ÖFFENTLICHKEIT

„Welcher Gipfel?“ So könnte kurzgefasst die Antwort auf die Frage nach dem Stimmungsbild in Mexiko zum bevorstehenden G20-Ereignis in Pittsburgh lauten. Das Thema spielt jedenfalls in der mexikanischen Öffentlichkeit so gut wie keine Rolle, unabhängig davon, ob man auf die allgemeine oder auf die Fachöffentlichkeit des Landes blickt. Fragt man nach Gründen, wird man auch schnell fündig: Mexiko ist nach den Zwischenwahlen vom 5. Juli 2009 – mit der Konsequenz erheblicher Machtverschiebungen nicht nur unmittelbar im Parlament selbst –, nach dem „Halbzeitbericht“ zur Lage der Nation nach drei Jahren Amtszeit von Präsident Felipe Calderón, nach erheblichen Kabinettsumbildungen und strukturellen Veränderungen sowie einer laufenden Haushaltsdebatte einmal mehr fast ausschließlich mit sich selbst beschäftigt.

INNENPOLITISCHE AGENDA DOMINIERT

Erstaunlicherweise bleiben dabei auch die Debatte über die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Maßnahmen zu ihrer Bewältigung binnenorientiert. Angesichts der vorliegenden Zahlen mag man dafür ein gewisses Verständnis haben: Zu dominant wirken die unmittelbaren Probleme, die in Mexiko deutliche Spuren hinterlassen und speziell bei der Armutsbekämpfung für große Rückschläge gesorgt haben. So musste Präsident Calderón, der eigentlich als „Präsident der Beschäftigung“ angetreten war, zusehen, wie die Zahl der Arbeitslosen

kräftig gestiegen ist – zwischen Mitte 2008 und Mitte 2009 von 3,5 auf 5,2 Prozent. Dahinter verbergen sich nicht zuletzt ein dramatischer Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, ein Anstieg im informellen Sektor und eine ungebrochene Migrationsneigung, die allerdings speziell in den USA nicht mehr auf entsprechende Aufnahmefähigkeit trifft. Entsprechend gehen auch die Überweisungen der Auslandsmexikaner zurück, im bisherigen Verlauf des Jahres 2009 um 16,2 Prozent.

Folglich weisen Mexikos Armutsbilanzen wieder deutlich negative Vorzeichen auf: Nach Angaben der Weltbank hat sich die Zahl der Armen in Mexiko – definiert als ein Leben mit weniger als vier US-Dollar am Tag – zwischen 2006 und 2009 um zehn Millionen Personen erhöht. Die Institution geht für Mexiko von 54,8 Millionen Armen aus, 4,8 Millionen mehr, als sie in den offiziellen mexikanischen Angaben enthalten sind. Unter diesen wiederum werden 18,2 Millionen den extrem Armen zugerechnet, 14,4 Millionen können ihren grundlegenden Nahrungsmittelbedarf nicht hinreichend decken. Besonders betroffen ist diese Gruppe von den anhaltenden und teilweise dramatischen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln. Auch um die Wettbewerbsfähigkeit Mexikos, so nationale und internationale Statistiken, ist es nach wie vor nicht gut bestellt.

Besonders aktuell wird dies alles vor dem Hintergrund der bereits erwähnten Haushaltsdebatte – in einem Parlament zudem, in dem die oppositionelle PRI und die mit ihr verbündeten *Grünen* gemeinsam über die absolute Mehrheit verfügen. Und das angesichts stark eingebrochener Steuer-

einnahmen und entsprechend negativer Prognosen für das Haushaltsvolumen 2010. Finanzminister Agustín Carstens muss nach eigenen Angaben Mindereinnahmen von 300 Milliarden Pesos (rund 16,5 Milliarden Euro) ausgleichen, was nur drei schmerzhaft Alternativen zulässt: Steuererhöhungen, Ausgabenreduzierungen oder höhere Staatsverschuldung. Baldige Besserung scheint nicht in Sicht: Experten rechnen für Mexiko im laufenden Jahr nach wie vor mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um rund sieben Prozent – einem dramatischeren Einbruch also als während der Peso-Krise 1995, als ein Minus von 6,2 Prozent zu verzeichnen war.

ZURÜCKHALTUNG BEI STAATLICHEN HILFSPROGRAMMEN

Bei den Lösungsansätzen bleibt Mexiko vergleichsweise schüchtern: Während andere Länder mit erheblichen Konjunkturprogrammen gegenzusteuern versuchen, nehmen sich entsprechende mexikanische Anstrengungen bescheiden aus. Hier mag die frühere Tätigkeit des Finanzministers beim Weltwährungsfonds eine gewisse Orthodoxie begünstigen. Argumentativ kann man sich darauf berufen, dass die erreichte makroökonomische Stabilität des Landes – dokumentiert durch gerade im lateinamerikanischen Vergleich moderate Inflationsraten, hohe Währungsreserven, zurückgegangene Auslandsverschuldung – auch in Krisenzeiten nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden soll. „Mexiko“, so Währungsfonds-Chef Dominique Strauss-Kahn im Umfeld des Londoner G20-Gipfels mit Blick auf Kreditunterstützung für Mexiko bestätigend, „ist ein exzellenter Kandidat ...“ Bei gleicher Gelegenheit hatte Präsident Calderón das mexikanische Finanzsystem als „solide und stabil“ bezeichnet und hinzugefügt, in Mexiko gäbe es daher auch keine Notwendigkeit, mit staatlichen Geldern den Bankensektor zu stützen.

KOLLISION MIT INTERNATIONALEM ANSPRUCH

Diese rein binnenorientierte Analyse kollidiert – einmal mehr – mit dem Anspruch Mexikos als OECD-Mitglied, *Outreach* 5- und G20-Land, auf der Weltbühne eine wichtige Rolle zu spielen. Während sich etwa die BRIC-Länder auf eigenen Gipfeln

zu positionieren versuchen, findet Mexiko bei diesen Debatten nicht statt. Auch aus der Sonderbeziehung zu den USA – gegründet auf die geographische Nachbarschaft, Millionen von Migranten, einer Verbindung in der Freihandelszone NAFTA und bei allen Investitions- und Exportzahlen – macht Mexiko zu wenig, ebenso zu wenig wie aus seiner weltweit fast einmaligen Zahl von Freihandelsabkommen mit anderen wichtigen Wirtschaftsakteuren, die Europäische Union eingeschlossen.

Nicht umsonst bilanziert Professor Ignacio Román vom *ITESO* in Guadalajara: „Die Positionierung Mexikos ist mit dem Blick auf den Gipfel der G20 ambivalent und unklar. Generell agiert Mexiko nicht wie ein internationaler Akteur, sondern versucht lediglich, die eigenen Probleme wie Unsicherheit, Drogenkriminalität, aktuelle Naturkatastrophen, Fiskalprobleme und die Effekte der Finanzkrise zu lösen. Wie aber soll ein Land, das nicht einmal seine eigenen Probleme in den Griff bekommt, zur Lösung auf Weltniveau beitragen?“

Sein Kollege Gustavo Vega vom *Colegio de México* verweist allerdings auf die durchaus aktive Beteiligung Mexikos an internationalen Koordinierungsbemühungen aller Art, sei es bei der Welthandelsorganisation, der UNO oder den Mechanismen von G20, G5 oder der erweiterten G8. Statt neue Gremien ins Auge zu fassen setze Mexiko aber auf die „Kanalisation von Ressourcen über bereits bestehende Finanzorganisationen“ – von deren Programmen das Land in der Vergangenheit zudem nicht unwesentlich profitiert hat. Engagement und Positionierung sieht er zudem bei einem weiteren Gipfel von weltweiter Bedeutung in naher Zukunft: dem Klimagipfel in Kopenhagen, für den Präsident Calderón einen „Grünen Fonds“ vorgeschlagen hat.

Immerhin werden in Mexikos Medien die verschiedenen Positionierungen in Sachen Finanzkrise intensiv verfolgt. So sorgten die Ankündigungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatschef Nicolas Sarkozy für Aufsehen, die Managergehälter begrenzen und das Problem der Steuerparadiese bis März 2010 anzugehen. Gleichzeitig wurde aber auch vermerkt, dass den Regulierungsabsichten aus

angelsächsischen Ländern bereits wieder erster Gegenwind entgegenschlägt.

Die mexikanische Regierung hat sich – vielleicht auch aus Rücksicht auf die USA und eine gewisse Unsicherheit über deren definitive Position – dazu noch nicht festgelegt, im Gegensatz etwa zu Brasilien, dessen Präsident bereits beim vorangegangenen G20-Gipfel in London laut seine Stimme erhob. Immerhin hat sie bei den zurückliegenden Gipfeln aber erkennen lassen, dass auch Mexiko sich strengere Regeln und bessere Überwachung wünscht, ebenso wie die Stärkung internationaler Finanzorgane wie Währungsfonds und Weltbank. Und immerhin haben gerade die Industriestaaten in Mexiko – hier im Gegensatz zu Brasilien – einen starken Verbündeten gegen Protektionismus: Da war es in London Felipe Calderón, der eine klare Sprache wählte. Und das könnte in Pittsburgh wieder so sein.

*Frank Priess
KAS-Auslandsbüro Mexiko-Stadt*